

SPD-Ratsfraktion
CDU-Ratsfraktion
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ratsfraktion DIE LINKE
FDP-Ratsfraktion
Ratsfraktion Direkte Demokratie
SSW

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		0266/2010 öffentlich 18.03.2010
Datum	Gremium	Antragsteller/in
18.03.2010	Ratsversammlung	Ratsfrau Gesa Langfeldt, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Stefan Kruber, CDU-Ratsfraktion Ratsherr Lutz Oschmann, B90/Die Grünen Ratsherr Florian Jansen, Ratsfraktion DIE LINKE Ratsherr Helmut Landsiedel, FDP-Ratsfraktion Ratsfrau Antje Danker, SSW
Betreff: "Resolution - Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein"		

Antrag:

1. Die Ratsversammlung verurteilt das Auftreten von Neonazis in Lübeck und anderswo, mit dem versucht wird, die Opfer von Bombardierungen deutscher Städte zu instrumentalisieren, um das millionenfache Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen.
2. Die Ratsversammlung begrüßt, dass sich auch in diesem Jahr ein breites Bündnis aus Kirchen, Parteien, Verbänden und Initiativen gefunden hat, um gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen am 27. März in Lübeck zu protestieren.
3. Die Ratsversammlung begrüßt das klare Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands, das Eintreten für die Freiheit und Toleranz des Grundgesetzes, unterstützt das zivilgesellschaftliche Engagement der demokratischen Öffentlichkeit und ruft dazu auf, sich friedlich ohne Gewalt an den Demonstrationen zu beteiligen.
4. Die Ratsversammlung schließt sich in Verbundenheit mit unserer Nachbarstadt dem einstimmig angenommenen interfraktionellen Antrag der Lübecker Bürgerschaft an und unterstützt ausdrücklich alle friedlichen Aktivitäten zur Erinnerung und Mahnung sowie das Engagement gegen Rechtsextremismus.

5. Die Ratsversammlung spricht dabei auch allen Polizeibeamten für ihre bisherige und zukünftige Arbeit ihren ausdrücklichen Dank aus, ebenso wie ihren Respekt und ihre Anerkennung, wenn zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates die schwere Aufgabe übernommen werden muss, die Versammlungsfreiheit auch im Angesicht der Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu schützen.

Begründung:

Die Ratsversammlung ist sich ihrer historischen Verantwortung für die Wahrung von Demokratie und Freiheit bewusst. Fremdenhass, Antisemitismus und die Verherrlichung des Krieges haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Die Opfer des Bombenangriffes auf Lübeck in der Nacht zum Palmsonntag 1942 mahnen uns, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Die Zerstörung von Lübeck, Kiel, Hamburg, Dresden und anderer deutscher Städte im 2. Weltkrieg sind die Folge von Leid und Unrecht, welches die nationalsozialistische Gewaltherrschaft über die Völker Europas gebracht hat.

Der Missbrauch der Gedenktage durch Rechtsextremisten stellt für die Ratsversammlung eine Verhöhnung der Opfer dar, der entschieden entgegengetreten werden muss

Gez. Gesa Langfeldt, SPD-Ratsfraktion f. d. R.

Gez. Stefan Kruber, CDU-Ratsfraktion f. d. R.

Gez. Lutz Oschmann, B90/Die Grünen f. d. R.

Gez. Florian Jansen, Ratsfraktion DIE LINKE f. d. R.

Gez. Helmut Landsiedel, FDP-Ratsfraktion f. d. R.

Gez. Bernd Jenning, Ratsfraktion Direkte Demokratie f. d. R.

Antje Danker, SSW